

### 3. Die Auswirkungen auf europäische Kleinstaaten

#### *3.1. Die verminderte Möglichkeit autonomen Agierens*

Wenn ich also früher behauptet habe, dass die Vereinigten Staaten kurz- und mittelfristig ihren imperialen Anspruch weiter erheben werden und auch weitgehend werden durchsetzen können, so hat das Auswirkungen auf alle kleinen Staaten der Welt, von denen uns in diesem Rahmen allerdings nur die europäischen interessieren. Vermutlich wird sich der jetzt schon geringe Einfluss kleiner europäischer Staaten auf die Weltpolitik dadurch weiter verringern und selbständiges Agieren wahrscheinlich nur regional, wenn nicht sogar bloss lokal möglich sein. Im wirtschaftlichen Bereich bewirkt das die Globalisierung. Machtpolitisch meine ich, dass die Kleinen sich den energischen Forderungen der imperialen Macht *allein und auf sich gestellt* auf Dauer nur werden schwer entziehen können. Die schon während des Afghanistanfeldzuges, verstärkt aber noch vor und während des Irakkrieges von der amerikanischen Administration, besonders aber von Präsident Bush immer wieder verkündete Sentenz: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, erinnert fatal an das Freund-Feind Schema von Carl Schmitt und muss als typischer Ausdruck imperialen Anspruchs verstanden werden.

Sie können mir nun entgegenhalten, dass Österreich durch die Verweigerung von Überfluggenehmigungen während des Irakkrieges das Gegenbeispiel geliefert habe. Man muss diese Situation aber differenziert betrachten. Abgesehen davon, dass der dadurch erzwungene Umweg für die amerikanischen Militärs zwar irritierend, für die Durchführung der Operation aber nur von marginaler Bedeutung war, ist es der österreichischen Diplomatie offenbar gelungen, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass es sich bei der Verweigerung um ein verfassungsrechtliches Problem handle, das die Bundesregierung unter den gegebenen innenpolitischen Verhältnissen nicht lösen konnte, das aber nicht indikativ für die Einstellung der Bundesregierung gegenüber dem amerikanischen Vorgehen sei. Trotzdem wird Österreich von der amerikanischen Administration nicht als «befreundetes Land» behandelt, was österreichische Unternehmen bei der Beteiligung am Wiederaufbau des Irak behindert.

Mir scheint das schon genannte Beispiel der bilateralen Abkommen zur Ausschaltung des Internationalen Strafgerichtshofes indikativ für die